

Energie / Umwelt

## Bund soll E-Mobil-Wende einleiten – Mit 100 Mio. Euro für Ladestationen in privaten Wohnanlagen. Das regt der DDIV an

Anlässlich des „Forum Elektro-Mobilitäts-Kongresses“ am 1. Juni in Berlin stellte der DDIV einem breiten Fachpublikum seine Überlegungen zu einem Sofortprogramm zur Förderung privater Ladeinfrastruktur in Wohnungseigentümergeinschaften vor. Die Förderung sollte dabei 100 Millionen Euro umfassen, um die E-Mobil-Wende in Deutschland voranzutreiben.



Wohnstraße in Oslo, alles Eigentumswohnungen. In Norwegen steht die Strom-Tankstelle vor dem Haus.  
Foto: Gerd Warda

Eine Million Elektrofahrzeuge bis zum Jahr 2020 auf deutsche Straßen zu bringen, ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Eigens dafür wurde im August 2009 ein nationaler Entwicklungsplan verabschiedet. Zum Januar 2017 waren jedoch bundesweit nur etwas mehr als 34.000 E-Fahrzeuge zugelassen. Geringe Reichweiten, zu lange Ladezeiten und zu wenig Ladestationen sind ausschlaggebend für das geringe Kaufinteresse der Deutschen. Auch die Besitzer von neun Millionen Eigentumswohnungen zeigen bisher wenig Interesse am Kauf eines Elektrofahrzeuges. Zwei wesentliche Faktoren sind dafür die Ursache. Zum einen ist die Rechtslage nicht eindeutig (bauliche Maßnahme versus Modernisierung) und zum anderen könnte es zu einer Überlastung des hauseigenen Stromnetzes führen, wenn mehrere Eigentümer oder Mieter gleichzeitig ein Elektro-Auto aufladen wollen.

Zwar hat die Bundesregierung im Februar dieses Jahres mit einer Förderrichtlinie 300 Millionen Euro für die Installation von Ladepunkten im öffentlichen Raum bis 2020 ausgelobt, was jedoch gänzlich fehlt ist die Berücksichtigung von privater Ladeinfrastruktur im Gebäudebestand. „Wir empfehlen unseren Immobilienverwaltungen derzeit nicht, dieses Thema zu forcieren. Zu ungewiss und zu hoch sind die Folgekosten für Wohnungseigentümergeinschaften, wenn einzelne Eigentümer oder deren Mieter einen Ladean-

schluss wünschen”, so DDIV-Geschäftsführer Martin Kaßler auf dem Kongress Forum E-Mobilität heute in Berlin. Im Rahmen seines Vortrages und in der anschließenden Podiumsdiskussion machte Kaßler deutlich, dass bei einem mehrfachen Einbau einer Ladestation in der Tiefgarage eines Mehrfamilienwohnhauses dies häufig mit dem Austausch des hauseigenen Stromnetzes im Gebäude verbunden ist. „Eigentümer scheuen diese Kosten, wenn sie selbst kein E-Auto nutzen. Hier müssen Hemmschwellen abgebaut werden. Wir fordern daher ein Anreiz- oder Sofortprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro für die private Infrastruktur in privaten Wohngebäuden. Bei geschätzten mehr als vier Millionen Stellplätzen bundesweit in privaten Mehrfamilienwohnhäusern wird die Dimension sichtbar. Nach der Bundestagswahl sollte die neue Bundesregierung schnell handeln, sonst gerät Deutschland bei der Neuzulassung von E-Autos noch mehr ins Hintertreffen”, ist sich DDIV-Geschäftsführer Martin Kaßler sicher.

## Was wird bisher gefördert?

Mehrere unterschiedliche Förderprogramme sollen nach dem Willen der Bundesregierung den sogenannten Markthochlauf der Elektromobilität begünstigen. Der Umweltbonus, der durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ausgereicht wird, fördert bis zu einem Kaufpreis von 60.000 Euro den Kauf von reinen Elektrofahrzeugen mit 4.000 Euro. Plug-in-Hybride werden mit 3.000 Euro bezuschusst. Bis 2020 stehen hierfür 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung, die je zur Hälfte von der Bundesregierung sowie den Herstellern getragen werden. Das Bundesamt für Verwaltungsdienstleistungen fördert die öffentliche Ladeinfrastruktur mit insgesamt 300 Millionen Euro, davon 200 Millionen Euro für den Bau von 5.000 Schnellladepunkten. Zusätzlich gewährt der Staat eine 10-jährige Befreiung von der Kfz-Steuer. Die Steuerbefreiung für die vom Arbeitgeber gewährten geldwerten Vorteile für das Laden am Arbeitsplatz erzeugt bis 2020 Mindereinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro. Die private Ladeinfrastruktur wird bisher nicht gefördert.

Franziska Bock

## Das Schönste in unserem Norden ist die Kultur!

